

Internationales Amtssitz- und Kongresszentrum in Wien: Architekt: Johann Staber, Wien

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Ingenieur und Architekt**

Band (Jahr): **97 (1979)**

Heft 30-31

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-85508>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Internationales Amtssitz- und Kongresszentrum in Wien

Architekt: Johann Staber, Wien

Das Donaupark Projekt

Ein Projekt, dessen städtebauliche Bedeutung und Wirkung wahrscheinlich erst die nächsten Generationen richtig beurteilen werden können, hat am linken Donauufer Gestalt angenommen. Wer heute von einem der zahlreichen Aussichtsplätze Wiens einen Blick über die Stadt wirft, dem springt eine in den letzten vier Jahren dort neu entstandene Silhouette ins Auge. Im Grünland zwischen dem Donaustrom und der Alten Donau gelegen ragen vor dem Hintergrund der Wohnsiedlungen des 21. und 22. Wiener Gemeindebezirks die Türme eines der bedeutendsten Bauvorhaben Österreichs empor: das «Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien» (IAKW), auch als «Donaupark-Projekt» oder als «UNO-City» bezeichnet.

Durch dieses Bauvorhaben, welches zu einem wesentlichen Wandel des gesam-

ten Stadtbildes in diesem Bereich beiträgt, wird die Tradition Wiens als Stätte internationaler Begegnung und internationaler Konferenzen fortgesetzt.

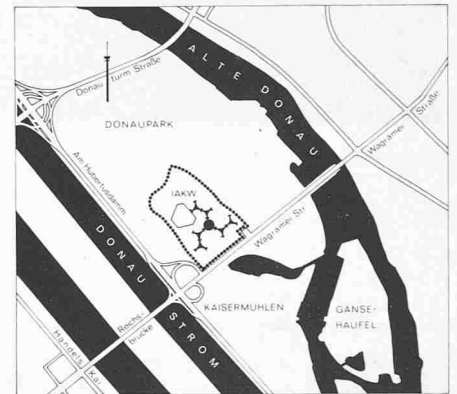
Wien, in der Vergangenheit die Hauptstadt eines Grossstaates, war schon immer ein Ort zwischenstaatlicher Begegnungen, die sich beginnend mit der Neuordnung Europas beim Wiener Kongress bis in die heutige Zeit fortgesetzt haben.

Seit dem Abschluss des Staatsvertrages im Jahr 1955 bemühte sich Österreich erfolgreich, Wien zum Sitz internationaler Organisationen zu machen, dies einerseits um Wiens Ruf als Stadt der internationalen Begegnung zu stärken und gleichzeitig auch die Sicherheit und Unabhängigkeit des Staates zu festigen. Bereits 1957 wählte die Internationale Atomenergie Organisation (IAEA) Wien als ihren ständigen Sitz, 1965 folgte die Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC), 1967 wurde in der 21. Generalversammlung der Vereinten Nationen Wien zum Sitz

der Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) bestimmt.

Die im Jahre 1967 von der österreichischen Bundesregierung den Vereinten Nationen angebotene Errichtung eines definitiven Amtssitzes für die beiden UNO-Organisationen IAEA und UNIDO sowie verschiedener anderer Organisationen, deren Verlegung nach Österreich seither beschlossen wurde, wird nun im Donaupark verwirklicht.

Das «Donaupark-Projekt» wird von der Republik Österreich mit 65% und von der Stadt Wien mit 35% zuzüglich der Kosten für die Verkehrswege finanziert. Die Anlage wird auf einem von der Stadt Wien bereitgestellten Gelände



Übersichtsplan



Blick von Südosten. In der Mitte halb verdeckt das Internationale Konferenzgebäude, rechts und links die Amtssitzgebäude für Internationale Organisationen



Blick von Süden

errichtet. Sie steht im Eigentum der Republik Österreich und wird den Benützern gegen einen symbolischen Mietzins von S 1, - auf 99 Jahre zur Verfügung gestellt.

Das «Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien» liegt an einer der wichtigsten Ausfallstrassen der Stadt nur 4 Kilometer vom Zentrum entfernt in den ehemaligen Auwäldern der Donau, die in diesem Bereiche im Jahr 1964 in eine Internationale Gartenschau umgestaltet wurden. Die gesamte Silhouette der Stadt Wien und die Hügelketten des Wienerwaldes umgeben das Projekt. Im Netz der Hauptverkehrsstrassen liegt das Gelände am Kreuzungspunkt der Wagramer Strasse mit der künftigen Donauufer-Autobahn. Zusammen mit den Donaubrücken und der Schnellverbindung zum Flughafen Wien-Schwechat kann praktisch jeder beliebige Teil der Stadt und deren Umgebung zügig erreicht werden. Die in Bau befindliche U-Bahn-Linie wird eine eigene Station unmittelbar vor den Amtssitzgebäuden haben.



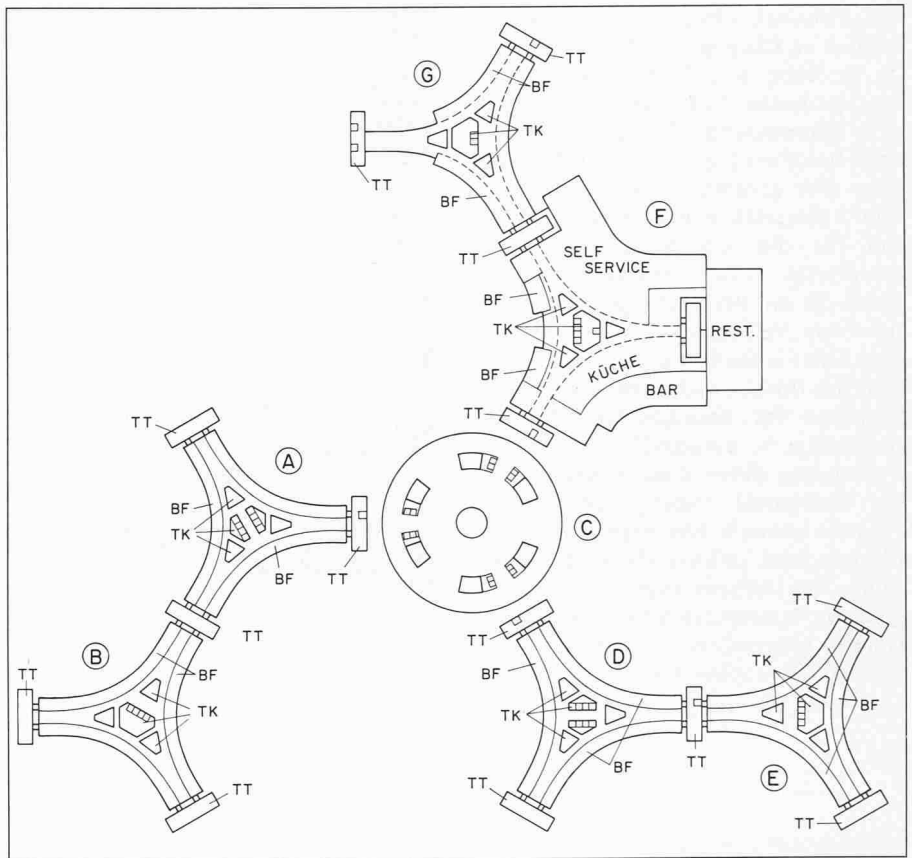
Lageplan. Norden oben rechts. Amtssitzgebäude, Internationales Konferenzgebäude (Rundbau), Österreichisches Konferenzzentrum (Sechseckbau)

Das architektonische Konzept

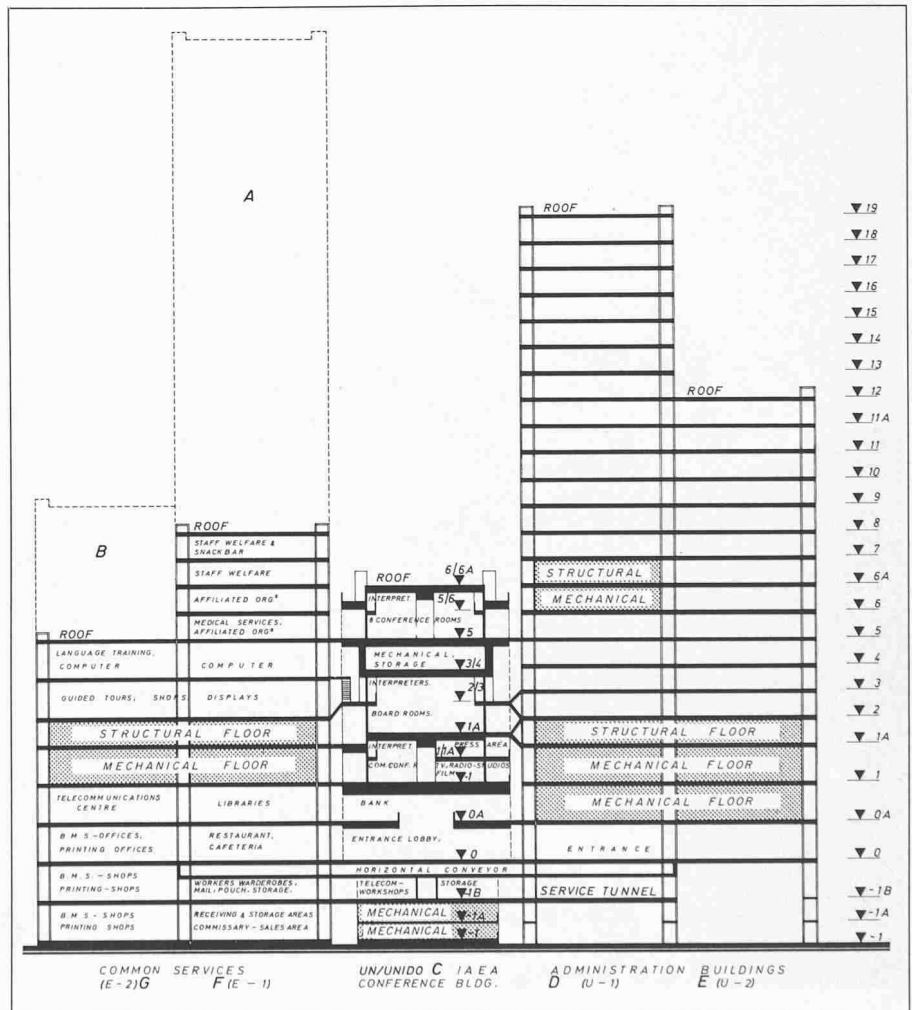
Ausgehend von den Zielsetzungen,
 - den funktionellen Bedürfnissen internationaler Organisationen zu entsprechen.
 - in ihrer Verwendbarkeit optimal ausgerüstete Büroflächen zu schaffen und
 - die Skyline der Gebäude inmitten eines Grünbereiches liegend dem Stadtbild anzupassen, hat der Architekt Dipl. Ing. Johann Staber sich zu folgender Lösung entschlossen:

Den Funktionsbereichen Büro, Konferenzen und Serviceeinrichtungen wurden einzelne Baukörper zugewiesen, die räumliche Anordnung des geschaffenen Projektes nimmt Bezug auf den umschliessenden Grünraum. Ausgehend von einem Sechseck-Raster steht im Mittelpunkt der Anlage ein niedrig gehaltenes, nur 45 m hoher Rundkörper, das «Internationale Konferenzgebäude». Ihn flankieren zwei im Grundriss Y-förmige, 120 m bzw. 100 m hohe Bürotürme, an die sich zwei weitere mit 60 m und 80 m Höhe anschliessen - die «Amtssitzgebäude». Der Baukörper, «Gemeinsame Einrichtungen» umfasst zwei im Grundriss ebenfalls Y-förmige Gebäude von 54 m bzw. 58 m Höhe, in denen Serviceeinrichtungen, wie Lager Räume, Archive, Druckereien, EDV-Anlage, Restaurant, Telefonzentrale usw. untergebracht sind. Neben diesem «Internationalen Teil» sieht das Projekt noch die Errichtung eines «Österreichischen Konferenzzentrums» vor. Dieses befindet sich zur Zeit noch im Planungsstadium. Es wird in seiner grössten Saalkombination etwa 4000 und in seiner Gesamtheit etwa 8000 Personen Platz bieten.

Die Amtssitzgebäude weisen durch ihre Gestalt einen im Verhältnis zur Fläche grösstmöglichen Umfang auf, wobei die Kupplungsflächen, an denen die Baukörper aneinanderstossen, möglichst klein gehalten sind. Dadurch wurde erreicht, dass sämtliche Büroräume an der Aussenfront liegen und damit tagesbelichtet sind. Lediglich die Verkehrswege (Gänge, Stiegenhäuser und Aufzüge) sowie einige Nebenräume erhalten kein direktes Tageslicht. Im Zentrum eines jeden Turmes sind Personenaufzüge angeordnet, während Frachtaufzüge und Notstiegenhäuser an den Enden der Y-förmigen Gebäude untergebracht sind. Durch diese Raumaufteilung wird die Gleichwertigkeit der Räume sowie möglichst kurze Wege innerhalb der Geschosse gewährleistet. Die Fassade der Amtssitzgebäude besteht aus 88 cm breiten Elementen. Auf diesem Raster aufbauend, kann die Raumgrösse der Büros mit Hilfe mobiler Trennwände beliebig variiert werden. Den späteren Nutzern wird die Entscheidungsfreiheit gelassen, jeder-

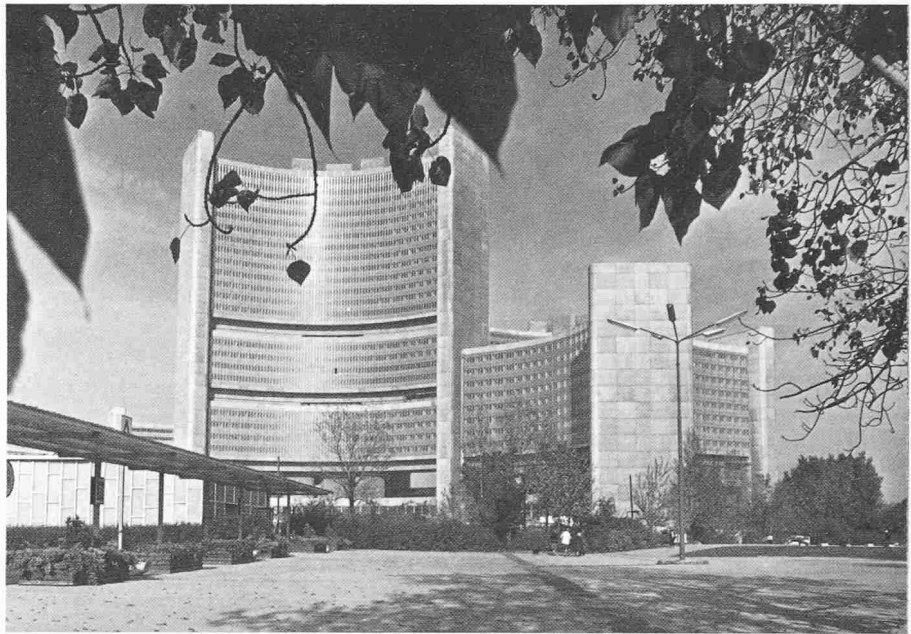


Schematische Grundrisse. A, B, D, E Amtssitzgebäude für Internationale Organisationen, C Internationales Konferenzgebäude, G, F gemeinsame Einrichtungen, an G anschliessend sechseckiger Trakt: Österreichisches Konferenzzentrum (siehe Lageplan); TT Treppentürme, TK Tragkern, BF Bürofläche

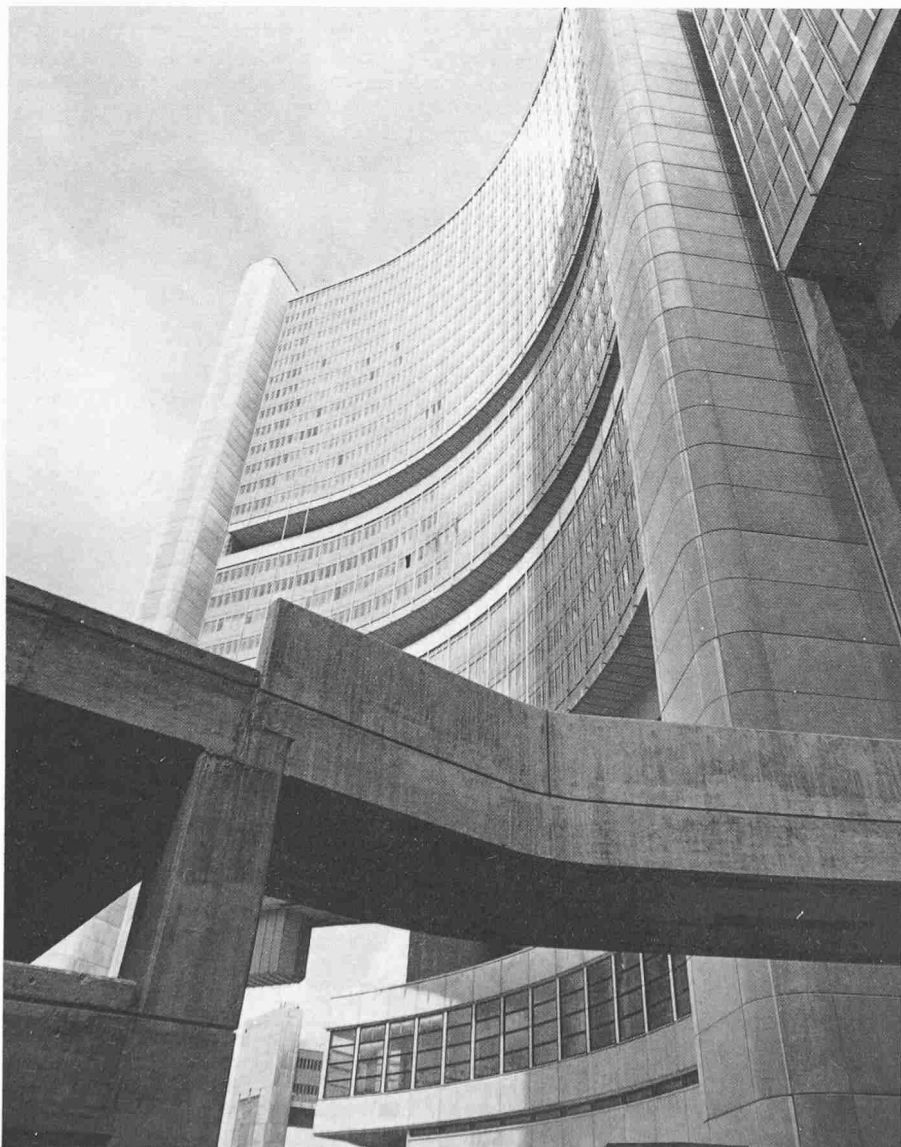


Schemaschnitt durch das Internationale Konferenzzentrum (Mitte) und die Trakte G, F, D, E bzw. A und B

zeit zwischen Gross- und Kleinbüros wählen zu können. Die Bürotrennwände bestehen aus 7 cm starken Stahlblechpaneelen mit dazwischenliegendem Dämmmaterial. Sämtliche Glasflächen bestehen aus Zweischeibenisoliertes Glas. Der gesamte Innenbereich wird von 3 Materialien beherrscht: Sichtbeton für die Konstruktionsteile, beschichtetes bzw. einbrennlackiertes Blech für die Verkleidungen und Wände sowie Veloursteppiche für die Böden. Die Gebäude werden vollklimatisiert. Im Bürobereich wird in jeder Fensterachse ein Vierleiter-Hochdruckinduktionsgerät aufgestellt werden. Die Versorgung dieser Geräte erfolgt über ein Strangnetz, welches entlang der Fassade verläuft. Die Abluft wird über die Leuchten geführt, die in die Hohlräume der Deckenfertigteile eingehängt sind. Im Innenbereich sind abgehängte Decken vorgesehen, aus welchen dieser Bereich klimatisiert wird.



Blick von Westen



Fassadenausschnitt. In der Fassadenfläche sind die Traggeschosse und technischen Geschosse sichtbar

Da die haustechnischen Versorgungsstränge entweder entlang der Fassade im jeweils darunterliegenden Geschoss bzw. in den Deckenhohlräumen der Gangzone verlaufen, sind die Bürowände von Installationen im wesentlichen freigehalten, wodurch ein späteres Versetzen der Zwischenwände wesentlich erleichtert wird. Beim kreisförmigen «Internationalen Konferenzgebäude», das als Zentrum Drehscheibe und Bindeglied zwischen den Bürobereichen und den «Gemeinsamen Einrichtungen» ist, liegt das Verhältnis zwischen Volumen und Umfang fast genau konträr zu dem bei den Bürogebäuden. Der grosse Innenraum des «Internationalen Konferenzgebäudes» beherbergt insgesamt 9 Konferenzsäle, die bei Reihenbestuhlung 1600 Personen fassen können. Eine zweigeschossige Eingangshalle wird Folgeeinrichtungen, wie Garderoben, Postamt und Bank aufnehmen. Darunter sind Abstell- und Lagerräume sowie haustechnische Anlagen untergebracht. Die Säle selbst liegen in 3 Etagen über der Eingangebene. Jedem Konferenzsaal sind die notwendigen Dolmetschkabinen zugeordnet, die an der Saalrückwand etwa in halber Saalhöhe liegen.

Die Trennwände zwischen den Sälen werden als dreischichtige Leichtbaukonstruktion mit hohem Schalldämmvermögen ausgeführt. Der Saal-Fussboden ist ein Doppelboden, in welchem die Kabel für die Fremdsprachenübersetzung von den Dolmetschkabinen zu den einzelnen Teilnehmersesseln geführt werden.

Der Saalbereich wird von zwei Materialien bestimmt: den furnierten Eichenholzplatten, mit denen Wände und

Decken verkleidet sind, und dem Veloursbelag des Fussbodens. Die Bereiche ausserhalb der Konferenzflächen weisen, der Innengestaltung der anderen Gebäude entsprechend, die Materialien Sichtbeton, pulverbeschichtetes oder einbrennlackiertes Blech und Velours-Fussböden auf.

Die «Gemeinsamen Einrichtungen» gleichen in ihrer Form den Bürotürmen – nur ragen sie aus einem treppenförmig abgestuften Flachbau hervor. Die Konstruktion und die verwendeten Materialien sind bei den gemeinsamen Einrichtungen mit denen der Amtssitzgebäude bis auf wenige Ausnahmen identisch.

Ein internes Wegesystem mit Hauptanschluss an die geplante Hubertusdamm-Autobahn sowie Nebenanschlüsse an die Wagramer Strasse und die Arbeiterstrandbadstrasse garantiert ein reibungsloses Zu- und Abfahren der Fahrzeuge und des Zulieferverkehrs. Zwei dreigeschossige Parkdecks bieten rund 2500 PKWs Abstellplatz. In den Gebäuden im Donaupark werden insgesamt 4700 UNO-Beamte ausgezeichnete Arbeitsbedingungen vorfinden.

Aufgrund des österreichischen Angebotes an die UNO vom Jahre 1967 wurde 1971 zwischen der UNO und der österreichischen Seite eine Vereinbarung geschlossen, wonach die Verpflichtung Österreichs aus dem seinerzeitigen Angebot als erfüllt anzusehen ist, wenn Büroraum für diese Anzahl von Personen zur Verfügung gestellt wird. In dieser Zahl war auch eine angemessene Wachstumsreserve berücksichtigt.

Die ökonomische und politische Entwicklung führte jedoch zu einem geringeren Wachstum der beiden bereits in Wien ansässigen Organisationen, so dass die Anlage freie Raumkapazitäten aufweist. Die österreichische Bundesregierung hat daher diese von den beiden Organisationen nicht benötigten Büroflächen den Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt. In der 31. UNO-Generalversammlung wurde am 22. Dezember 1976 beschlossen, dass die UNO die Verantwortung für die optimale Nutzung aller Räumlichkeiten im Donaupark übernimmt. Zugleich werden nach einem festgelegten Stufenplan Einheiten aus New York und Genf nach Wien verlegt werden.

Der Bau und seine Durchführung

Das Objekt bot die Möglichkeit, nahezu alle modernen Ausführungsmethoden anzuwenden. Tiefgründung mit Schlitzwänden, Gleitbau über lange Zeitspannen mit hohen Betongüten, Spannbeton mit mehreren Systemen sowie die Anwendung von Fertigteilen im grossen Umfang sind zusammen mit dem aussergewöhnlichen Entwurf des Ge-



Blick von Nordosten. Unter dem Platz befinden sich die Parkdecks

bäudes charakteristisch für diese Baustelle.

Die Amtssitzgebäude (A1, A2, U1, U2) erhielten Schlitzwandfundamente mit einer Tiefe bis zu 25 m. An ihrem oberen Ende wurden diese im Geländeneiveau durch Platten mit einer Stärke von 3 m bis 4 m verbunden.

Anschliessend wurden die vertikalen Stützkonstruktionen der einzelnen Bürogebäude, die Stiegenhaustürme mit den Rahmenstielen und die Zentralkerne in Gleitbauweise hergestellt. Ein Schalungsgerüst, welches gleichzeitig als Arbeitsbühne diente, wurde hydraulisch mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von etwa 30 cm pro Stunde hochgezogen. In diese Form wurde kontinuierlich die Stahlbewehrung und schnell erhärtender Spezialbeton eingebracht. Die etwa 1,5 m hohe Schalung fand in ihrem unteren Teil an der dort bereits tragfähigen Betonkonstruktion ihren Halt.

Die lotrechten Gebäudelasten werden durch die Tragkerne und die Rahmenstiele getragen. Diese Rahmenstiele sind als Hohlkasten ausgebildet und durch eine Fuge von den Stiegenhaustürmen getrennt. Da ungleiche Setzungen zwischen den Fundamenten der Stiegenhaustürme und der Tragkerne nicht auszuschliessen waren und das Tragwerk nur Setzungsdifferenzen bis zu 1,5 cm aufnehmen kann, wurden die Rahmenstiele auf ein Paket von Stahlplatten gelagert und damit die Möglichkeit geschaffen, die Stiele während des Bauvorganges und auch noch nach Fertigstellung des Gebäudes zu heben oder abzusenken. Mit hydraulischen Pressen können diese Rahmenstiele erforderlichenfalls gehoben und sodann durch Einlegen oder Entfernen von einzelnen

Stahlplatten die Setzungsdifferenzen ausgeglichen werden.

Die waagrechten Tragkonstruktionen der Gebäude sind brückenähnliche Stahlbetonträger, die sogenannten Traggeschosse. Auf ihnen ruhen bis zu 13 Bürogeschosse (Regelgeschosse). Bei den niedrigen Gebäuden ist zur Aufnahme der Lasten aus den Büroetagen nur je ein Traggeschoss angeordnet. Die beiden hohen Bürotürme haben hingegen zwei bzw. drei Traggeschosse.

Diese brückenartigen, im Grundriss Y-förmigen Tragwerke sind vorgespannt und mit den Tragkernen und den Rahmenstielen fix verbunden. Ihr Querschnitt ist hohlkastenförmig. Jedes Traggeschoss besteht aus drei gleichen Teilen, wobei ein jedes Drittel rund 1400 Tonnen wiegt. Sie wurden am Boden betoniert, hydraulisch hochgezogen und verankert.

Unter diesen Traggeschossen liegen die Installationsgeschosse für die technischen Einrichtungen.

Die Regelgeschosse bestehen aus einem Ortbetonmittelteil im Gangbereich entlang der Gebäudeachse und aus auskragenden Deckenfertigteilen im Büroereich, die gegen den Ortbeton angespannt wurden. Die lotrechten Lasten aus den Regelgeschossen werden über Ortbetonstützen auf die Traggeschosse übertragen. Die horizontalen Lasten aus Wind und Erdbeben werden in jedem Geschoss über Gleitlager in die Stiegenhaustürme geleitet.

Nach Fertigstellung der Geschosse wurde die Fassade vorgehängt. Diese Aussenhaut der Bürogebäude (ca. 40 000 m²) besteht aus Alu-Profil-Konstruktion mit Stahlblechpaneelen, die aussen vertikale Nirosta-Profile aufweist. 13 920 vorgefertigte 88 cm breite

Fassadenelemente werden an den auskragenden Zwischengeschossplatten verankert. Die Fassade selbst hat keine tragende Funktion. Die Elemente werden an der Stirnseite der aussen stützenfreien Deckenkonstruktion montiert. Die Lasten werden über entsprechende Anker in die Deckenfertigteile übertragen.

Das kreisförmige «Internationale Konferenzgebäude» liegt im Zentrum des

chen Einbauten können daher jederzeit kontrolliert werden.

In der Gebäudegruppe «Gemeinsame Einrichtungen» wird eine erweiterbare Fernsprechnebenstellenanlage für zunächst 4000 Teilnehmer errichtet. Für die internen Personen- und Lasten Transporte stehen mehr als 50 Aufzüge zur Verfügung.

Die Gesellschaft

Nachdem Bund und Stadt Wien übereingekommen waren, die Kostentragung für das Projekt im Verhältnis 65 zu 35 zu übernehmen, musste die Entscheidung getroffen werden, in welcher Form die beiden Gebietskörperschaften ihre Funktion als Bauherr wahrnehmen. Dabei war vor allem zu berücksichtigen, dass beide Partner als Bauträger repräsentiert sein sollten, dass die Finanzierung des Vorhabens nur zum Teil direkt aus dem Budget der beiden Körperschaften erfolgen sollte und dass vor allem wegen der Kürze der Bauzeit eine bewegliche Organisationsform gefunden werden musste. Man entschied sich deshalb – nach dem Muster jener Sonderfinanzierungsgesellschaften des Bundes, die sich bei grossen Strassenbauvorhaben bereits bewährt hatten – für die Bildung einer Aktiengesellschaft, an der sich entsprechend dem Verhältnis der Kostentragung der Bund und die Stadt Wien beteiligten. Diese Gesellschaft wurde am 3. Mai 1971 gegründet und erhielt den Namen «Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien, Aktiengesellschaft» (IAKW). Sie wurde mit der Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des Projektes beauftragt.

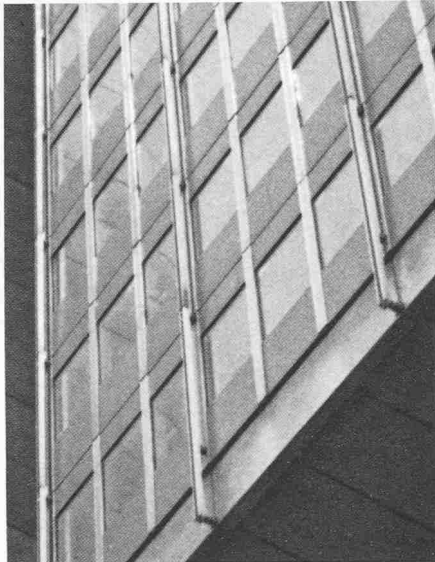
Die IAKW ist eine, nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeitende Kapitalgesellschaft. Der aus 2 Personen bestehende Vorstand wird von einem 10 Mitglieder zählenden Aufsichtsrat kontrolliert. 4 Mitglieder werden von der Stadt Wien zur Wahl vorgeschlagen, 6 werden vom Bund nominiert.

Erste Aufgabe der neu gegründeten Firma war es, zunächst die erforderlichen Planungsaufträge zu vergeben und gleichzeitig die Einzelheiten des Projektes im Rahmen der vorhandenen Richtlinien mit den internationalen Organisationen zu verhandeln. Eine vordringliche Aufgabe war es ferner, umgehend eine Gesamtschau des Projektablaufes in terminlicher und kostenmässiger Sicht zu erhalten.

Man entschloss sich, den eigenen Mitarbeiterstab möglichst klein zu halten und die technisch-geschäftliche Oberleitung, die Baukoordination, Ablaufplanung und die örtliche Bauaufsicht an eine Arbeitsgemeinschaft von drei Ingenieurfirmen zu übertragen.

Mit der Planung für die sogenannte «Haustechnik» – die Gesamtheit aller maschinen- und elektrotechnischen Anlagen für Heizung, Lüftung, Klimatisierung, Wasserversorgung, Energieverteilung und Notstromversorgung sowie die nachrichtentechnischen und Förderanlagen – wurde eine Planungsfirma beauftragt. Die IAKW behielt sich sämtliche unternehmerischen Entscheidungen sowohl auf technischem als auch auf kaufmännischem Gebiet uneingeschränkt vor. Durch ihre Mitarbeiter nimmt sie an allen von den Auftragnehmern ausgeübten Aktivitäten im Ablauf des Planungs- und Baugeschehens direkt Anteil, so dass Informationen und Übersicht zu jedem Zeitpunkt des Ablaufes gesichert sind und durch direkte Einflussnahme die unmittelbare Wahrnehmung der Bauherren-Interessen erfolgen kann. Diese Organisationsform hat sich vom Beginn der Planung im Jahre 1971 an bestens bewährt. Der seit Baubeginn im April 1973 erzielte Baufortschritt kann als sichtbarer Beweis für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges gelten.

Angesichts der Grösse dieses Projektes hat die IAKW für Planung, Bau- und Abrechnung jeweils ein mehrstufiges Kontrollsystem aufgebaut. Aufgrund von Vereinbarungen mit dem Bund, die ihre Begründung in den Bestimmungen des IAKW-Finanzierungsgesetzes finden, werden alle wesentlichen Arbeiten ohne Beschränkung des Wettbewerbes ausgeschrieben. Die Angebotslegung steht allen – also auch ausländischen Firmen – offen, sofern sie die in Österreich gesetzlich vorgeschriebenen handels- und gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen.

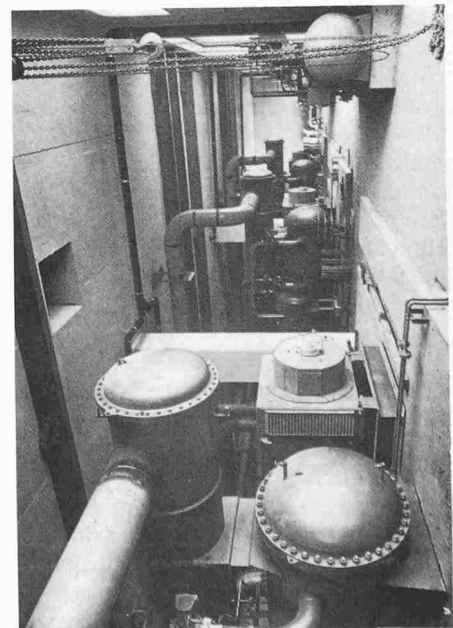


Struktur der Fassade

Projektes. Es ist 56 m hoch, hat 73 m Durchmesser und umfasst 169 000 m³ umbauten Raum. Auf sechs kreisringförmig angeordneten Stiegenhaustürmen aus Stahlbeton ruht eine auskragende sternförmige Stahlkonstruktion. In der Mitte trägt die Stahlkonstruktion eine 15 m lange und 35 cm starke Hängesäule, an der die Deckenkonstruktion der beiden Hauptgeschosse verankert sind.

Die haustechnische Ausstattung der Gebäude wird dem modernsten Stand der Technik angepasst sein. Die Büroräume sowie alle sonstigen Arbeitsbereiche werden vollklimatisiert. Die Wärmeversorgung wird über das Fernheiznetz der Stadt Wien erfolgen. Eine Kältezentrale wird an Ort und Stelle für die notwendige Kühlung sorgen. Die Stromversorgung erfolgt aus dem Hochspannungsnetz der Stadt Wien über eigene Transformatorenstationen. Bei Netzausfall übernehmen Notstromaggregate die Versorgung eines Teiles der Beleuchtung und der technischen Anlagen.

An der Wagramer Strasse wird ein eigenes Übergabebauwerk errichtet. Die Leitungen für Heiss- und Kaltwasser, Druckluft sowie Starkstrom, Telefon und Fernschreiber werden von dort durch einen eigenen Kollektor – einen 450 Meter langen, drei Meter unter der Erde liegenden Betontunnel – in die einzelnen Gebäude geführt. Der Kollektor ist begehbar, die darin befindlichen



Kältemaschinen im Übergabebauwerk

Die Kosten

Wie bei vielen staatlichen Grossprojekten, bei denen die Kosten Milliarden Schilling betragen, steht auch beim Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien die öffentliche Hand vor dem Problem, die Kosten auf einen angemessenen Zeitraum zu verteilen.

Die Republik Österreich hat seit dem Jahre 1962 ein Finanzierungsmodell für derartige Grossprojekte entwickelt, nach welchem die Planung, Errichtung, Erhaltung und Finanzierung von Grossbauten an eigens dafür gegründete Aktiengesellschaften übertragen wird, bei denen die Republik Österreich und die beteiligten Bundesländer das Aktienkapital zeichnen. Abgesehen von den Kapitaleinzahlungen und Baukostenzuschüssen der Aktionäre nehmen diese Aktiengesellschaften die für den Bau notwendigen Gelder auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt auf. Der Bund übernimmt für diese Kredite die Haftung als Bürge und Zahler. Dadurch wird erreicht, dass bei diesen für Österreich wichtigen Projekten die Baukosten auf einen wirtschaftlich vertretbaren Zeitraum verteilt werden können und nicht während der relativ kurzen Bauzeit aufgebracht werden müssen. Im Falle der IAKW ist ein Tilgungszeitraum bis 1992 vorgesehen.

Gemäss § 2 des IAKW-Finanzierungsgesetzes, leistet der Bund – jeweils unter 35%iger Beteiligung der Stadt Wien – jährliche Zahlungen an die Gesellschaft, die ausreichen um bis 1992 die



Blick von der Donau, Nordwesten

prognostizierten Gesamtkosten – Bau-, Verwaltungs- und Finanzierungskosten – abzudecken.

Auf Preisbasis 1974 wurden die Baukosten für den Internationalen Teil des Donauparkprojektes, also ohne Österreichisches Konferenzzentrum, auf 5,4 Mia. S geschätzt. Zu diesem Betrag waren noch die voraussichtlichen Preissteigerungen bis Bauende in der Höhe von 1,2 Mia. S hinzuzufügen, so dass sich prognostizierte Gesamtbaukosten von etwa 6,6 Mia. S ergaben. Rechnet man noch die Kreditkosten und Zinsen

für die benötigten Fremdmittel in der Höhe von 6,2 Mia. S hinzu, so waren die voraussichtlichen Gesamtkosten mit 12,8 Mia. S zu veranschlagen. Aufgrund der bisher fertiggestellten Arbeiten und der vorliegenden Angebote wurde eine Hochrechnung bis Bauende vorgenommen. Diese ergab, dass die Gesamtbaukosten anstelle von 6,6 Mia. S nur 5,7 Mia. S betragen werden.

Architekt: Dipl.-Ing. Johann Staber, Favoritenstrasse 7, 1040 Wien



Blick von Süden durch die Parkanlage auf den Baukomplex